



Miltahader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.30 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im in- und ausländischen Vertriebsmonatlich 1.66 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Strohporto Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Neuenburg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank & Co., Wildbad; Borsheimer Gewerbebank Filiale Wildbad. — Postfachkonto 291 74 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf., — Reklamezeile 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Ausnahmevereinbar werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigennahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlässigkeitsbewehrung weg.

Verlag, Druck u. Verantw. Schriftleitung: Theodor Gatz, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 85, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 143 Feiertag 479 Freitag den 23. Juni 1933 Feiertag 479 68. Jahrgang.

Mussolinis Vorschlag gegen die Kleine Entente

Berlin, 22. Juni. Die übereinstimmenden Mitteilungen der englischen Blätter lassen erkennen, daß die Erörterungen über die politische Zukunft des Donauraumes nimmermehr durch eine italienische Initiative in ein aktives Stadium getreten sind. Die italienischen Pläne sind schon lange kein Geheimnis mehr. Italien fühlt sich als Erbe der Balkaninteressen der alten Donaumonarchie, deren Bewahrung zu Serbien sich in verschärfter Form in dem gespannten italienisch-jugoslawischen Verhältnis fortsetzt. Wenn Italien von Revisionen spricht, meint es vor allem territoriale Veränderungen an der Küste und im Hinterland des Adriatischen Meeres und seine Politik richtete sich deshalb in den vergangenen Jahren immer mehr gegen die Kleine Entente, gegen die Zweckgerade die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes ist. Schon seit Jahren hat Italien in dem durch den Vertrag von Trianon verfallenen Ungarn einen Stützpunkt seiner Balkanpolitik, doch hat eine Reihe von Zwischenfällen, wie die Angelegenheit von Szent Gotthard im Jahre 1928 und von Hirtenberg im Frühjahr 1933 gezeigt, wie behindert Italien durch die räumliche Trennung von Ungarn ist. Der Weg nach Ungarn und überhaupt zu einer aktiven Politik auf dem nördlichen Balkan führt über Oesterreich. Die Wiederherstellung einer engen Union zwischen den Kernländern der alten Donaumonarchie, die eine starke Anziehungskraft nach Süden ausüben würde, ist daher das italienische Ziel, das mit der Politik Frankreichs und noch mehr mit der derjenigen der Kleinen Entente in Widerspruch steht. Man muß abwarten, wie weit Frankreich, das neuerdings auf ein gutes Verhältnis zu Italien besonderes Gewicht legt, den italienischen Wünschen entgegenkommen wird, die es als verkappten Anschluß, zugleich aber auch als ein Mittel zur Verwirklichung des eigentlichen Anschlusses betrachtet.

Tagespiegel

Reichsluftfahrtminister Göring erließ einen Aufruf, in dem es heißt, daß der Reichsanwalt angeordnet habe, alle Kräfte der deutschen Luftfahrt einheitlich zusammenzufassen. Er sei daher mit dem Stabschef der SA und dem Reichsführer der SS übereingekommen, diese Kräfte im Rahmen des Deutschen Luftsportverbandes zusammenzufassen. Sie werden dort den Grundstock neuer Fliegerstürme bilden.

Der Reichslandvolkshaus hat an Dr. Hugenberg ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt, daß der Bund kein mannhafte Eintreten für unsere berechtigten kolonialen Forderungen in London dankbar begrüßt. Es wird ferner der Wunsch ausgesprochen, daß es Dr. Hugenberg vergönnt sein möge, schon bald sichtbare Erfolge auf diesem Gebiete zu erringen.

Die NSD. Berlin veranstaltete im Lustgarten eine gewaltige Demonstrationenfundgebung zu Ehren der aus Genf zurückgekehrten deutschen Arbeiterdelegation. Dr. Ley kündigte an, daß die deutsche Arbeitsfront in kürzester Zeit eine öffentliche Körperschaft mit öffentlichem Recht werden würde.

Der Diözesanrat der katholischen Jugend in Jülich, der wegen der Sonnenwendfeier auf den 22. und 23. Juni d. J. verboten worden war, ist verboten worden.

In Buderich wurde der katholische Kaplan Drehtler von der Polizei in Haft genommen und in das Gefängnis eingeliefert. Er steht im Verdacht, sich staatsfeindlich betätigt zu haben.

Die Ortsgruppen des Bundes der Frauen sind wegen des Verdachtes staatsfeindlicher Bestrebungen aufgelöst worden.

Das Stahlhelmschulager in Kollbus wurde geschlossen, da sich marginstische Elemente eingeschlichen hatten.

In München fand am Mittwoch ein Aufmarsch der Beamten- und Arbeiterschaft vor Innenminister Wagner statt.

Im Anschluß an die in Kaiserslautern veranstaltete Protestfundgebung der Arbeiterschaft wurde der katholische Pfarrer

Der preussische Kultusminister hat Landgerichtsrat Jäger mit der Leitung der Kirchenabteilung im Kultusministerium beauftragt.

Dr. von Kretsch, der vom Deutschen Industrie- und Handelsrat zum neuen Präsidenten gewählt wurde, hielt in der Vollversammlung eine programmatische Rede über die Aufgabe der Kammern am neuen ständischen Aufbau.

Der christlich-sozialen Landeshauptmann Reither hat den Abgeordneten der NSDAP. in Niederösterreich die Ausübung ihres Mandats verboten.

Gegen den Wiener Hochschullehrer Jorsch wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet, weil er eine gegen die Regierung gerichtete Studentenfundgebung nicht verbot.

Das Wiener Schwurgericht verurteilte einen Margiften, der einen Nationalsozialisten ermordet hatte, zu nur fünf Monaten Arrest mit Bewährungsfrist.

Die Washingtoner Regierung vertritt die Ansicht, daß vorläufige Stabilisierungsmahnahmen gegenwärtig nicht zweckmäßig seien. Ihre Bemühungen, eine Erhöhung der Preise herbeizuführen, seien der wichtigste Beitrag, den sie leisten könne.

Staatssekretär Hull legte dem Londoner Wirtschaftsausschuß eine Anweisung über die schriftliche Herabsetzung und Befestigung künstlicher Handelsbarrieren vor.

Der Unterausschuß der Weltwirtschaftskonferenz veröffentlichte eine Denkschrift über die Frage des Ausgleichs zwischen Erzeugung und Absatz.

Wagner in Schutzhaft genommen, da er Äußerungen getan hatte, die die Kundgebung mißbilligten.

In Kaiserslautern wurden elf Personen in Schutzhaft genommen, die sich an politischer Zerlegungsarbeit betätigt hatten.

Wie berichtend mitgeteilt wird, stehen die Auseinandersetzungen in Frankfurt, in deren Verlauf der Kommunist Walter Korfing erschossen wurde, in keinem Zusammenhang mit der Aktion gegen den Kampfring.

Berliner Stimmen zu den innerpolitischen Vorgängen

Berlin, 22. Juni. Eine ganze Anzahl Morambücher nimmt zu den politischen Vorgängen des gestrigen Tages Stellung und äußert sich über die Bedeutung der Eingliederung des Stahlhelms in die NSDAP. und der Aktion gegen die Kampfstaffeln der Deutschnationalen Front.

Der Völkische Beobachter begrüßt die Eingliederung des Stahlhelms in die nationalsozialistische Bewegung als einen entscheidenden Schritt im Interesse einer einheitlichen Marschroute. Sie trage dem berechtigten Führungsanspruch der NSDAP Rechnung und erkenne die Notwendigkeit einer Entwicklung an, in der nur die stärkste Kraft als Träger und Garant einer einheitlichen politischen Linie, der sich alle anderen nationalen Kräfte zum Wohle des Ganzen einfügten, die Aufgaben der Zukunft meistern und das Leben der Nation gewährleisten kann. Das Verbot der Kampfringorganisation erklärt das Blatt für notwendig. Die Kampfringverbände der nationalen Revolution seien die SA, die SS und der Stahlhelm, die ihren Kampfsgeist und damit ihre Existenzberechtigung zu einer Zeit bewährt hätten, in der es noch keine deutschnationalen Kampfringe gegeben habe.

Die Kreuzzeitung schreibt, die Sehnsucht weitester nationaler Kreise hat damit ihre Erfüllung gefunden. Die beiden Bewegungen, die unmittelbar nach dem Zusammenbruch von 1918 im Norden und im Süden das Banner unbegrenzten nationalen Willens aufrollten und den Kampf gegen den Geist des Marxismus führten, sind nimmermehr endgültig vereint. Seitdem an der Seite werden sie nimmermehr unter der politischen Führung Hitlers ihren Kampf weitertragen bis zur vollen Verwirklichung des neuen Deutschlands.

Der Börsenkurier meint, daß die Auflösung der Kampfringe und die Säuberung des Stahlhelms die erwartete Klärung verworrener Verhältnisse bedeutet.

Die Völkische Zeitung weist darauf hin, daß der Stahlhelm bisher stärker die unpolitische Linie betonte, während die SA und SS ausgesprochen politische Kampfringverbände darstellten. Nimmermehr werde alles in die eine Front eingeordnet: Zur Sicherung der Schlagkraft der nationalsozialistischen Revolution.

Stämpfer, Vogel, befinden sich seit Wochen in Prag, um von dort aus den Kampf gegen die nationale Regierung in Deutschland zu führen. Wels hat eine Erklärung veröffentlicht, daß sein Austritt aus dem Büro der Zweiten Internationale nur scheinbar gewesen sei. Er hat an den Vorsitzenden der Arbeitergruppe auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf ein Telegramm gerichtet, in dem er in verleumdender Weise die Arbeiterschaft der übrigen Länder gegen die deutsche Regierung aufzubringen versucht. Die erweiterte Parteileitung der SPD hat sich auf der vor einigen Tagen in Berlin abgehaltenen Sitzung lediglich nach außen von diesen Leuten wie Wels, Breitscheid usw. distanzieren, es aber bezeichnenderweise unterlassen, diese Personen wegen ihres landesverräterischen Verhaltens wirklich abzuklären und aus der Partei auszuschließen. Im Gegenteil ist in einer von der Polizei überreichten Geheimversammlung sozialdemokratischer Führer in Hamburg ebenfalls landesverräterisches Material gefunden worden.

Dies alles zwingt zu dem Schluß, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als eine staats- und volksfeindliche Partei anzusehen, die keine andere Behandlung mehr beanspruchen kann, wie sie der kommunistischen Partei gegenüber angewendet worden ist. Der Reichsminister des Innern hat daher die Landesregierungen ersucht, auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 die notwendigen Maßnahmen gegen die SPD zu treffen. Insbesondere sollen sämtliche Mitglieder der SPD, die heute noch den Volksvertretungen und Gemeindevertretungen angehören, von der weiteren Ausübung ihrer Mandate sofort ausgeschlossen werden. Den ausgeschlossenen werden selbstverständlich die Diäten gesperrt. Der Sozialdemokratie kann auch nicht mehr die Möglichkeit gewährt werden, sich in irgend einer Form propagandistisch zu betätigen. Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei, sowie ihrer Hilfs- und Erfahrgeschichten werden nicht mehr erlaubt werden. Ebenso dürfen sozialdemokratische Zeitungen und Zeitschriften nicht mehr herausgegeben werden. Das Vermögen der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Hilfs- und Erfahrgeschichten wird, soweit es nicht bereits in Verbindung mit der Auflösung der Freien Gewerkschaften sichergestellt worden ist, beschlagnahmt. Mit dem landesverräterischen Charakter der Sozialdemokratischen Partei ist die weitere Zugehörigkeit von Beamten, Angestellten und Arbeitern, die aus öffentlichen Mitteln Gehalt, Lohn oder Ruhegeld beziehen, zu dieser Partei selbstverständlich unvereinbar.

Hafbach übernommen hat und in das die Träger der Sammlung je ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied entsenden. Als Vertreter des Handwerks in diesem Kuratorium befindet sich der Vorsitzende des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, Handwerkskammerpräsident Schmidt-Blesbaden, und als sein Stellvertreter Generalsekretär Dr. Schild-Berlin. Die Geschäftsführung des Kuratoriums befindet sich in Berlin W. 62, Burggrafenstraße 11.

Jeder der Spitzenverbände der Wirtschaft hat die Verpflichtung zur Ausbringung einer bestimmten Summe für den von ihm vertretenen Wirtschaftszweig übernommen. Die Quittungsausweise für Handwerksbetriebe lauten auf 3 und 5 RM, und werden vom Reichsverband des Deutschen Handwerks in Verbindung mit dem Kuratorium der Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft herausgegeben. Mit Beginn der Sammlung wird die Parteileitung der NSDAP, alle Einzelversammlungen von Seiten der Parteiorganisation und Parteieinrichtungen aller Art bei den Spendern der Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft einstellen.

Die Sammlung bei den Handwerksbetrieben erfolgt über die Innungen, Handwerkskammern und den Reichsverband des deutschen Handwerks. Etwaige sonstige Aufforderungen, vor allem von den Berufsvereinigungen, zur Zahlung von Beiträgen für die Spende sind seitens der Handwerksbetriebe abzulehnen. Für das Buchdruckgewerbe erfolgt der Einzug der Spende einheitlich durch die Deutsche Buchdruckergesellschaft und für die Offset- und Steindruckereibetriebe durch die Papierverarbeitende Berufsgenossenschaft Berlin.

Ausbau des Fettplanes

Erleichterungen für Minderbemittelte

Berlin, 22. Juni. Die praktischen Erfolge des Fettplanes ermöglichen einen Ausbau in verschiedener Richtung. Zunächst wird der Anteil von neutralem Schweinefett bei der Margarineherstellung steuerfrei gestellt. Gleichzeitig erfolgt bei Verwendung von neutralem Schweinefett inländischer Herkunft eine entsprechende Erweiterung des Kontingents für die betreffenden Margarinefabriken. Die Regierung hofft, durch diese Maßnahme die Verwendung heimischer Fette ganz allgemein zu fördern.

Im übrigen ist dem Umstande, daß eine gewisse Verknappung der billigen Margarineorten eingetreten war, bei der Fortführung des Fettprogrammes dadurch Rechnung getragen worden, daß für die Zukunft den Margarinefabriken eine stärkere Herstellung der billigen Sorten zur Pflicht gemacht wird. Der Anteil der billigen Sorten an der Produktion der einzelnen Fabriken wird genau vorgeschrieben und beläuft sich insgesamt auf 60 bis 70 Prozent. Es wird dadurch ein größeres Angebot Konsummargarine geschaffen, deren Preis frei Vertriebsstätte des Einzelhändlers ohne Steuer nicht mehr als 32 Reichspfennig je Pfund betragen darf. Diese Margarine muß außerdem vom 15. Juli ab als „Konsumware“ gekennzeichnet werden.

Gleichzeitig ist eine Erweiterung des Kreises der Bezüher von Fettverbilligungsscheinen in Aussicht genommen; insgesamt sollen u. a. linderreiche Familien und Kurzarbeiter in die Fettverbilligung einbezogen werden. Im übrigen ist die Aufstei-

Adolf-Hitler-Spende der Wirtschaft und das württembergische Handwerk

Stuttgart, 22. Juni. Vom Württ. Handwerkskammertag Stuttgart wird uns u. a. mitgeteilt: Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben beschlossen, eine Adolf-Hitler-Spende ins Leben zu rufen. Bei dieser Spende handelt es sich um eine für die Dauer eines Jahres, und zwar vom 1. Juni 1933 bis 31. Mai 1934 vorgesehene freiwillige Aktion, bei der die Mitwirkung aller Wirtschaftszweige erwartet wird. Die Leitung der Spende liegt in den Händen eines Kuratoriums, dessen Vorsitz Herr Dr. Krupp von Bohlen und

Betätigungsverbot für die SPD.

Berlin, 22. Juni. Vorgänge der letzten Zeit haben den unumkehrlichen Beweis dafür geliefert, daß die deutsche Sozialdemokratie vor volks- und landesverräterischen Unternehmungen gegen Deutschland und seine rechtmäßige Regierung nicht zurücksteht. Während Persönlichkeiten der SPD, wie Wels, Breitscheid,

